Novellierung des Schulgesetzes

1. Verbindlichere Grundschulempfehlung

Nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen (§ 11 Abs. 4 SchulG) erstellt die Grundschule mit dem Halbjahreszeugnis der Klasse 4 auf der Grundlage des Leistungsstandes, der Lernentwicklung und der Fähigkeiten der Schülerin oder des Schülers eine zu begründende Empfehlung für die Schulform, die für die weitere schulische Förderung geeignet erscheint. Sie erstreckt sich auf eine einzige Schulform.

Sodann entscheiden die Eltern nach Beratung durch die Grundschule über den weiteren Bildungsgang ihres Kindes in der Sekundarstufe I. Gem. § 7 Abs. 5 AO-GS (Verordnung über den Bildungsgang in der Grundschule) werden Eltern, die ihr Kind entgegen der Grundschulempfehlung an einer Schule der Sek. I angemeldet haben, von dort zu einem verbindlichen Beratungsgespräch eingeladen. Die letzte Entscheidung über die Schulform liegt aber immer bei den Eltern.

Nach dem Referentenentwurf für ein Zweites Schulrechtsänderungsgesetz wird in der Empfehlung die Schulform benannt, für die das Kind nach Auffassung der Grundschule geeignet ist. Ist ein Kind nach Auffassung der Grundschule für eine weitere Schulform mit Einschränkungen geeignet, wird auch diese mit dem genannten Zusatz benannt. Die Entscheidung ist zu begründen.

Unberührt davon bleibt das Recht der Eltern, ihr Kind an einer Gesamtschule anzumelden, da diese nach § 17 Abs. 1 SchulG ohne Zuordnung zu unterschiedlichen Schulformen zu allen Abschlüssen der Sekundarstufe I führt.

Auch nach dem Referentenentwurf sollen die Eltern in Zukunft grundsätzlich für ihr Kind die Schulform der Sekundarstufe I wählen, soweit nicht nach einer pädagogischen Prognose zu diesem Zeitpunkt dessen Eignung für die gewählte Schulform offensichtlich ausgeschlossen ist. Das in der Verantwortung der beteiligten Schulen und der Schulaufsicht liegende Übergangsverfahren wird in der Ausbildungs- und Prüfungsordnung geregelt.

Wenn die Eltern demnach nach eingehender Beratung mit der abgebenden sowie der weiterführenden Schule vom Grundschulgutachten abweichen wollen, ist ein dreitägiger Unterricht zur Feststellung der Eignung (Prognoseunterricht) durchzuführen. Der Prognoseunterricht findet zentral im Schulamtsbezirk statt und wird von einem Schulaufsichtsbeamten des Schulamtes geleitet. Erteilt wird er von je einem Lehrer der Grundschule und der weiterführenden Schule nach den Richtlinien und Lehrplänen der Grundschule.

Das Kind kann nur dann nicht die gewählte Schulform besuchen, wenn die Eignung für die gewählte Schulform nach einer pädagogischen Prognose „offensichtlich“ ausgeschlossen ist. Die Eltern können den abschließenden Bescheid des Schulamtes gerichtlich überprüfen lassen.

Nach dem Wechsel in eine weiterführende Schule soll die Klassenkonferenz nach dem neu gefassten § 13 Abs. 3 nach jedem Schulhalbjahr in der Erprobungsstufe prüfen, ob sie den Eltern leistungsstarker Schüler einen Wechsel der Schulform empfiehlt.

Darüber hinaus ist nach dem neuen § 46 Abs. 8 auch nach der Erprobungsstufe bei jeder Versetzungsentscheidung bis zum Übergang in Klasse 9 zu prüfen, ob den Eltern leistungsstarker Schüler der Hauptschule der Wechsel ihres Kindes zur Realschule oder zum Gymnasium und den Eltern leistungsstarker Schüler der Realschule der Wechsel ihres Kindes zum Gymnasium zu empfehlen ist.

2. § 36 Abs. 2 – Vorschulische Beratung und Förderung

Im Jahr vor der Schulanmeldung (ca. 2 Jahre vor der Aufnahme der Kinder in die Grundschule) stellt das Schulamt zum ersten Mal ihren Sprachstand fest. Wird bei einem Kind Förderbedarf festgestellt,

soll durch das Schulamt die Verpflichtung ausgesprochen werden, dass es an einem vorschulischen Förderkurs teilnimmt, sofern es nicht eine Kindertagesstätte besucht und dort sprachlich gefördert wird.

Bei der Anmeldung zur Grundschule stellt die Schule in einem zweiten Verfahren den Sprachstand der Kinder fest (§ 36 Abs. 3).

Anders als in der bisherigen Regelung der vorschulischen Sprachförderung, die vor allem eine Förderung der Migrantenkinder vorsah, wird durch die Gesetzesänderung auch die Förderung derjenigen Kinder gleichgestellt, bei denen sich die Sprache noch nicht altersgemäß entwickelt hat.

Zu beachten ist , dass mit dem Verfahren, mit dem die Sprachkompetenz festgestellt werden soll, ein „vorwirkendes Schulverhältnis“ begründet wird, das für den Fall, dass Eltern ihr Kind nicht an den verbindlichen vorschulischen Sprachkursen teilnehmen lassen, die Sanktionierung der Eltern mit einer Geldbuße vorsieht.

Eine Bußgeldandrohung ist ebenfalls für den Fall vorgesehen, dass die Eltern schon nicht für die Teilnahme ihres Kindes an der Feststellung des Sprachstandes sorgen (§ 126 SchulG).

3. § 37 Abs. 2 – Vorzeitige Beendigung der Vollzeitschulpflicht

Schulpflichtige, die am Ende des neunten Vollzeitschuljahres in ein Berufsausbildungsverhältnis eintreten, erfüllen die Vollzeitschulpflicht im zehnten Jahr durch den Besuch der Fachklasse der Berufsschule, im Fall des vorzeitigen Abbruches der Berufsausbildung durch den Besuch eines vollzeitschulischen Bildungsganges der Berufsschule.

Durch diese Regelung wird es zu einer verstärkten Inanspruchnahme der Berufskollegs des Kreises kommen, was Auswirkungen auf die räumlichen Kapazitäten haben dürfte.

4. § 41 Abs. 4 – Verantwortung für die Einhaltung der Schulpflicht

Es ist sehr zu begrüßen, dass mit dieser Regelung die ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung für die zuständige Schulaufsichtsbehörde geschaffen wird, Zwangsmaßnahmen gegenüber Eltern einzuleiten, die sich weigern, ihre Kinder in die Schule zu schicken.

Das Fehlen einer solchen Ermächtigungsgrundlage verhinderte in der Vergangenheit, dass die aufgrund ihrer fachlichen Kompetenz und personellen Ausstattung hierfür am besten geeigneten Schulaufsichtsbehörden Verwaltungszwangsverfahren einleiten konnten, und führte dazu, dass die Schulen selbst diese Verfahren führen mussten.

Die zuständige Schulaufsichtsbehörde hat nunmehr das Recht, bei der Ordnungsbehörde die zwangsweise Zuführung der Schülerin oder des Schülers zu beantragen. Im Vergleich zum Ordnungswidrigkeitsverfahren hat das Verfahren der Verwaltungsvollstreckung den Vorteil, dass es schneller durchgeführt und auch wiederholt werden kann.

5. § 59 - Schulleiterinnen und Schulleiter

Gem. § 25 Abs. 3 kann Schulen auf deren Antrag zur Erprobung neuer Modelle erweiterter Selbstverwaltung und Eigenverantwortung im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung mit dem Schulträger und der Schulaufsichtsbehörde gestattet werden, abweichend von den bestehenden Rechtsvorschriften bei der Stellenbewirtschaftung, der Personalverwaltung, der Sachmittelbewirtschaftung und der Unterrichtsorganisation selbstständige Entscheidungen zu treffen und neue Modelle der Schulleitung und der Schulmitwirkung zu erproben.

Im Rahmen der „eigenverantwortlichen Schule“ sollen Leiterinnen und Leiter von Schulen künftig insgesamt zu Dienstvorgesetzten werden und damit erweiterte personalrechtliche Befugnisse erhalten, § 59 Abs. 5.

Hierbei sollen sie auf geeignete Unterstützungssysteme zurückgreifen können.

6. Wahl der Schulleitungen durch die Schulkonferenz

Mit der Neufassung des § 61 „Bestellung der Schulleiterin oder des Schulleiters“ werden die Rechte der Schulkonferenz gestärkt. Die obere Schulaufsichtsbehörde schreibt die Stelle der Schulleiterin oder des Schulleiters mit Zustimmung der Schulkonferenz und des Schulträgers aus und prüft die eingegangenen Bewerbungen. Aus den Bewerbungen werden der Schulkonferenz die geeigneten Personen (möglichst mindestens zwei) benannt. Lehrerinnen und Lehrer der betroffenen Schule dürfen nur in begründeten Ausnahmefällen benannt werden.

Die Schulkonferenz wählt sodann aus den benannten Personen mit der Mehrheit der Stimmen die Schulleiterin oder den Schulleiter. Der Schulträger kann seine Zustimmung, die von der oberen Schulaufsichtsbehörde eingeholt wird, nur binnen acht Wochen mit einer Zweidrittelmehrheit seiner Vertretungskörperschaft verweigern (§ 61 Abs. 3, 4). Nach einer möglichen Verweigerung der Zustimmung kann die Schulkonferenz innerhalb von vier Wochen einen zweiten Vorschlag aus den vorliegenden Bewerbungen vorlegen. Ein Bewerber kann nicht noch einmal vorgeschlagen werden, wenn der Schulträger seine Zustimmung verweigert hat. Wird auch zu diesem Vorschlag die Zustimmung des Schulträgers verweigert, so trifft die obere Schulaufsichtsbehörde die Auswahlentscheidung.

Als neue Aufgabe der Schulkonferenz wird die Wahl der Schulleiterin oder des Schulleiters auch in den Aufgabenkatalog der Schulkonferenz unter § 65 Abs. 2 Nr. 18 aufgenommen.

Die Schulleiterin oder der Schulleiter wird in ein Zeitbeamtenverhältnis gem. § 25 b LBG berufen. Es sind zwei Amtszeiten von je 5 Jahren vorgesehen. Danach soll das Amt auf Lebenszeit übertragen werden. Die Wiederwahl für eine zweite Amtszeit bzw. auf Lebenszeit erfolgt durch die Schulkonferenz. Bei einer Wiederwahl kann die Schulkonferenz zudem beschließen, dass von einer Stellenausschreibung abgesehen wird.

Mit dem der Schulkonferenz eingeräumten Wahlrecht wird die Position des Schulträgers bei der Besetzung von Schulleitungsstellen geschwächt. Nach geltendem Recht hat der Schulträger der öffentlichen Schulen für die Besetzung von Stellen der Leiterin oder des Leiters und deren ständiger Vertretung ein Vorschlagsrecht (§ 61 Abs. 1), wobei Anregungen der Schulkonferenz lediglich angemessen zu würdigen sind. Unter Würdigung des Vorschlags des Schulträgers ist sodann im Rahmen der dienstrechtlichen und schulrechtlichen Vorschriften über die Besetzung der Stelle zu entscheiden.

Als problematisch muss bewertet werden, dass der Schulträger in Form der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit seiner Vertretungskörperschaft für eine Ablehnung des Wahlvorschlags der Schulkonferenz ein deutlich höheres Quorum aufbieten muss als die Schulkonferenz (einfache Mehrheit).

Will man es überhaupt bei einem Wahlrecht der Schulkonferenz belassen, so müssen die Mitwirkungsrechte von Schulträger und Schulkonferenz zumindest gleichgewichtig ausgestaltet sein. Das der Schulkonferenz eingeräumte Wahlrecht wird jedoch in seiner Bedeutung dadurch eingeschränkt, dass die obere Schulaufsichtsbehörde die Bewerber zuvor auf ihre Eignung überprüft (Kriterien des Art. 33 Abs. 2 GG) und das Wahlrecht der Schulkonferenz erst dann zum Tragen kommt, wenn mehrere „gleich qualifizierte“ Bewerber in Frage kommen. Nach den in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen ist dies bei der dürftigen Bewerberzahl aber nicht der Regelfall.

Besetzungsverfahren für Schulleiterstellen, die vor dem In-Kraft-Treten dieses Gesetzes durch Ausschreibung eingeleitet worden sind, werden nach dem bisher geltenden Recht weitergeführt (Art. 7 Abs. 6 des Regierungsentwurfs).

7. Fortbestand kleiner wohnortnaher Grundschulen bei zurückgehenden Schülerzahlen (Mindestgröße von Schulen)

Gem. der Änderung des § 82 Abs. 2 S. 1 müssen Grundschulen bei der Errichtung mindestens zwei Parallelklassen pro Jahrgang haben, bei der Fortführung mindestens eine Klasse pro Jahrgang. Diese Änderung dient der Sicherung des Fortbestands kleiner wohnortnaher Grundschulen angesichts stark zurückgehender Schülerzahlen. Mit der Einfügung von § 82 Abs. 3 wird die Möglichkeit von Grundschulverbänden eröffnet. D.h. Grundschulen mit weniger als zwei Klassen pro Jahrgang sollen zur Erreichung angemessener Klassen- und Schulgrößen im Sinne von § 81 Abs. 1 möglichst als Teilstandort geführt werden, wenn der Schulträger deren Fortführung für erforderlich hält.

Hierbei entsteht eine einheitliche Grundschule mit einem Lehrerkollegium, einer Schulleitung, einer Schulkonferenz und einer Schulpflegschaft, wobei an Teilstandorten auch Teilpflegschaften gebildet werden können.

Entscheidend ist, dass durch die Schaffung von Grundschulverbänden die gesetzliche Verpflichtung des § 81 Abs. 1, angemessene Schulgrößen zu gewährleisten, erfüllt wird. So sind gem. § 81 Abs. 1 Gemeinden und Kreise, die Schulträgeraufgaben erfüllen, verpflichtet, durch schulorganisatorische Maßnahmen angemessene Klassen- und Schulgrößen zu gewährleisten. Sie legen hierzu die Schulgrößen fest und stellen sicher, dass in den Schulen Klassen nach den Vorgaben des Ministeriums für die Klassenbildung gebildet werden können. Der Festlegung von Schulgrößen kommt insbesondere nach dem Wegfall der Schulbezirke und von Schuleinzugsbereichen eine gesteigerte Bedeutung zu.

Den Kommunen entstehen, im Gegensatz zur Schließung kleiner Grundschulstandorte, keine Ausbaukosten für die Erweiterung von Schulen und für zusätzliche Fahrtkosten. Durch den Wegfall von Schulleiterstellen wird das derzeitige Nachbesetzungsproblem bei kleinen Standorten verringert, zumal auf Grund der Größe der neu entstehenden Schule diese Leitungsfunktion höher bewertet und damit interessanter wird.

8. § 83: Organisatorischer Zusammenschluss von Schulen, Teilstandorte

Die Möglichkeit, Schulen unterschiedlicher Schulformen organisatorisch zusammenzufassen, wird beschränkt auf Haupt- und Realschulen sowie auf Haupt- und Gesamtschulen (nur mit der Sekundarstufe I).

Derartige Zusammenschlüsse können vor allem im ländlichen Raum das Angebot wohnortnaher weiterführender Schulen sichern. Für den organisatorischen Zusammenschluss von Haupt- und Realschulen sind mindestens drei Parallelklassen pro Jahrgang erforderlich, für eine Aufbauschule mindestens vier Parallelklassen pro Jahrgang.

9. Abschaffung der Schulbezirke für Grund- und Berufsschulen (§ 84: Schuleinzugsbereiche der Förderschulen, Bezirksfachklassen und bezirksübergreifende Fachklassen der Berufsschulen)

Die Schulbezirke für öffentliche Grundschulen und Berufsschulen werden gem. der Neufassung des § 84 Abs. 1 nach einer Übergangszeit bis zum Jahr 2008 abgeschafft. Die Neuregelung tritt mit Beginn des SJ 2008/2009 in Kraft.

Für Förderschulen kann der Schulträger durch Rechtsverordnung ein räumlich abgegrenztes Gebiet als Schuleinzugsbereich bilden.

Für Berufsschulen kann die obere Schulaufsichtsbehörde durch Rechtsverordnung für einzelne Ausbildungsberufe Bezirksfachklassen bilden, wenn die Schülerzahlen im Einzugsbereich eines Schulträgers für die Fachklassenbildung nicht ausreichen.

Für bezirksübergreifende Fachklassen von Berufsschulen können Schuleinzugsbereiche gebildet werden.

Die Eltern können künftig im Rahmen freier Kapazitäten wählen, an welcher Grundschule sie ihr Kind anmelden. Sie haben einen gesetzlichen Anspruch auf Aufnahme ihres Kindes in die wohnortnächste Schule, § 46 Abs. 3. Schülerinnen und Schüler, die für eine andere als die wohnortnächste Schule angemeldet werden, können im Rahmen freier Kapazitäten aufgenommen werden. Schülerfahrkosten werden auch künftig nur für die nächstgelegene Schule im Sinne des § 9 Schülerfahrkostenverordnung gezahlt.

Diese Grundsätze gelten entsprechend auch für die öffentlichen Berufsschulen. Jede und jeder Auszubildende hat einen Anspruch auf den Besuch der Berufsschule, die der Ausbildungsstätte am nächsten liegt. Auszubildende können mit Einverständnis des Ausbildungsbetriebes auch ein anderes, insbesondere wohnortnäheres Berufskolleg, das ein entsprechendes Unterrichtsangebot (entsprechende Fachklassen) vorhält, im Rahmen dort vorhandener freier Kapazitäten besuchen, § 46 Abs. 4.

Insbesondere für die Berufskollegs bedeutet der Wegfall der Schulbezirke, dass bei Ausübung des Wahlrechts durch den Schüler die Gefahr besteht, dass die bessere Verkehrsanbindung an Oberzentren und das städtische Umfeld von Schulen ein starkes Gewicht erhält. Es besteht die Gefahr einer Abwanderung von Schülern aus dem ländlichen Raum in die Großstädte und somit auch die Gefahr des Verlusts von Ausbildungsplätzen vor Ort. So sind Berufskollegs für die Entscheidung von Handwerk und Mittelstand, Ausbildungsplätze zu schaffen, ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor. Überdies wird eine verlässliche Schulentwicklungsplanung erheblich erschwert.

10. § 88 – Schulaufsichtsbehörden

Die gesetzgeberische Selbstverpflichtung im bisherigen § 88 Abs. 5, den Schulämtern für alle Schulformen bis zum 01. Januar 2009 durch förmliches Gesetz schulaufsichtliche Aufgaben zu übertragen und diese dann schulformübergreifend wahrzunehmen, wird gestrichen. Es bleibt bei der schulformbezogenen Schulaufsicht.

11. § 96 – Lernmittelfreiheit

Nach § 96 Abs. 3 S. 2 entfallen die Eigenanteile der Eltern bei den Lernmitteln für Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII. Über weitere Entlastungen vom Eigenanteil entscheidet der Schulträger in eigener Verantwortung, um so sicherzustellen, dass keinem Kind aus finanziellen Gründen ein Schulbuch fehlen darf.

Die bei der Befreiung vom Eigenanteil noch im Referentenentwurf vorgesehene Gleichbehandlung aller Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII sowie von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld nach dem SGB II wird nicht weiter verfolgt. Für eine derartige Gleichbehandlung besteht auch keine Notwendigkeit, da ALG II-Empfänger bessere Hinzuverdienstmöglichkeiten haben. Zudem wären die Kommunen durch diese Maßnahme erheblich finanziell belastet worden.